

Linker Mob belästigt Berliner AfD-Abgeordneten

Berlin – Es sind Methoden, wie sie einst auch der braune Mob anwendete. Aber dieses Mal waren die Täter wohl Linksradikale. Schon wieder wurde ein Abgeordneter der AfD von der sogenannten „antifa“ belästigt. Mehrfach klingelten Vermummte in der Nacht von Freitag auf Samstag an der privaten Wohnungstür von Karsten Woldeit. Der alarmierte sofort die Polizei, weil er auch in der Vergangenheit bereits bedroht wurde und es Schmierereien, eine eingetretene Tür und Exkremete im Briefkasten gab. Die Polizei rückte innerhalb von Minuten mit mehreren Mannschaftswagen an. Woldeit bedankte sich dafür bei den Beamten vor Ort.

Es scheint, als wollten die Berliner solche Regierenden

von KLAUS KELLE

Berlin – Mehr Offenbarungseid geht nicht: Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller von der SPD hat eingeräumt, dass es in der deutschen Hauptstadt Ecken gibt, in denen man bei Dunkelheit lieber nicht allein unterwegs sein sollte. In einem Interview mit der Tageszeitung Die Welt sprach Müller jetzt von „Gegenden, in denen man sich zu später Stunde lieber

ein Taxi nimmt als alleine zu Fuß unterwegs zu sein.“

Was ist eigentlich das wichtigste Versprechen, das ein Staat gegenüber seinen Bürgern einhalten muss? Grundschulkindern sexuelle Vielfalt nahezubringen? Klos für Menschen in Innenstädten zu bauen, die sich nicht entscheiden können, ob sie Mann oder Frau sein wollen? Oder vielleicht doch ein hohes Maß an Sicherheit herzustellen, auch wenn man weiß, dass es die absolut nicht geben kann?

Es ist ein Armutszeugnis, wie sich die pulsierende Metropole Berlin in den vergangenen Jahren unter Wowereit und Müller entwickelt hat. Und die stehen immerhin in der Tradition phantastischer Vorgänger wie Ernst Reuter, Willy Brandt und Richard von Weizsäcker.

Was ist es, dass die Berliner heutzutage immer wieder dazu bringt, offenbar überforderte Politiker ins Amt zu wählen? Jeder sieht, dass die Hauptstadt hinter den glitzernden Shopping-Zentren und hippen Clubs an allen Ecken und Enden bröckelt. Wie kann man nur auf den Gedanken kommen, eine rot-rot-grüne Stadtregierung zu wählen, die weder die Kriminalität unter Kontrolle hält noch einen Flughafen bauen kann?

Ich will es Ihnen sagen: Weil es auch in dieser Stadt derzeit keine ernsthafte politische Alternative gibt. Wer soll es denn machen? Die CDU? *Diese CDU?* Diese weichgespülte, konturenlose und teilweise zerstrittene Volkspartei der Mitte, die keine 20 Prozent der Wähler mehr hinter sich versammelt? Oder die FDP? Gibt es die überhaupt noch in Berlin? Die AfD? Die wenigstens unter ihrem Fraktionschef Georg Pazderski, einem ehemaligen Bundeswehr-Oberst, dafür sorgt, dass die wichtigen Themen im Abgeordnetenhaus auf die Tagesordnung kommen.

Nein, die Wahrheit ist: Die Berliner wollen einen wie Michael Müller. Und das ist eine ganz traurige Nachricht für diese Stadt.

An 158 von 359 Grundschulen Migrantenkinder in der Mehrheit

Berlin – An fast der Hälfte der Berliner Grundschulen sitzen mehr als 50 Prozent Schüler im Unterricht, die einen Migrationshintergrund haben. Das geht aus einer Antwort der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie auf eine Anfrage des AfD-Abgeordneten Herbert Mohr hervor. Danach sind an 158 von 359 Grundschulen Migranten in der Überzahl. An 27 Grundschulen beträgt der Migrantenanteil sogar 90 Prozent und mehr, bei 39 weiteren liegt der Anteil zwischen 75 und 90 Prozent.

Wenig überraschend: Die meisten Grundschüler ausländischer Herkunft werden an Schulen in Mitte und Neukölln unterrichtet. In beiden Bezirken gibt es jeweils zehn Grundschulen, in denen der Migrantenanteil über 90 Prozent beträgt.

Nach Auffassung des Abgeordneten Mohr zeige die Statistik, dass die Kapazitäten zur Aufnahme weiterer Migrantenkinder erschöpft seien. Ein geregelter Unterricht sei an vielen Schulen nur noch schwer möglich.

Christoph Meyer ist neuer Berliner FDP-Chef

Berlin – Die Freien demokraten (FDP) haben auf ihrem Landesparteitag Christoph Meyer (Foto) zum neuen Landesparteivorsitzenden gewählt. Mit 72,16 Prozent stellten sich rund drei Viertel der Delegierten hinter den Bundestagsabgeordneten. Als Generalsekretär wurde Sebastian Czaja wiedergewählt.

Müller gratuliert Heinrich-Hertz-Institut zum 90-jährigen Bestehen

Berlin – Anlässlich des 90-jährigen Bestehens des Fraunhofer-Instituts für Nachrichtentechnik, Heinrich-Hertz-Institut (HHI), gratuliert der Regierende Bürgermeister von Berlin und Senator für Wissenschaft und Forschung, Michael Müller (SPD, Foto): „Das Heinrich-Hertz-Institut ist ein wichtiger Teil der Forschungslandschaft unserer Stadt und zeigt eindrucksvoll, welche Rolle Berliner Spitzenforschung in der Entwicklung unserer Welt spielt. 1928 waren es die Telegrafie und die Fernsprechtechnik, die am HHI erforscht wurden, 2018 sind es Videostreaming, weltweite Kommunikationsnetze und eine immer schnellere mobile Datenübertragung. Welchen Sprung die Technologie in den nächsten 90 Jahren machen wird, ist schwer vorherzusagen, aber ich bin mir sicher: Das HHI wird von Berlin aus weiterhin maßgeblich dazu beitragen.“

Kein Interesse an „touristischen Aspekten“: AfD-Fraktion boykottiert Paris-Reise

Berlin/Paris – Reisen bildet, und viele Abgeordnete aller Parteien in allen Parlamenten freuen sich, die große weitere Welt kennenzulernen – auf Kosten der Allgemeinheit. Die Partei, die sich *Alternative für Deutschland* (AfD) nennt, setzt nun im Berliner Abgeordnetenhaus ein Zeichen.

Der Bildungsausschuss des Parlaments plant nämlich eine Reise nach Paris. Die AfD-Ausschussmitglieder Jessica Bießmann, Franz Kerker und Tommy Tabor lehnen die Einladung zu diesem Trip ab. Der bildungspolitische Sprecher Franz Kerker dazu: „Frankreich steht in Bildungsrankings noch deutlich unter Deutschland. Welche Ideen zur Verbesserung der deutschen Bildungssituation ausgerechnet von dort mitgenommen werden könnten, bleibt das Geheimnis der Altparteien, die diese Reise unternehmen wollen.“

Die AfD hatte alternativ vorgeschlagen, nach Estland zu reisen, das nicht nur Europäischer PISA-Spitzenreiter ist, sondern auch ein Vorzeigeland im Bereich der digitalisierten Schule. Hier hätte – so die AfD – der Ausschuss tatsächlich Anregungen für ein zukunftsgerichtetes Bildungssystem sammeln können. Dies wurde von den anderen Fraktionen jedoch abgelehnt.

Die drei Parlamentarier werden deshalb an dieser Reise nicht teilnehmen. Kerker: „Wir sind nicht bereit, Steuergelder für eine solche Reise zu verschwenden, bei der offensichtlich der

touristische Aspekt wichtiger ist als das Ziel, Lösungen für die Berliner Bildungsmisere zu finden.“

Bündnis für mehr Videoüberwachung überwindet erste Hürde

Berlin -20.000 Unterschriften sind notwendig, am Ende waren es 25.083, die der frühere Justizminister Thomas Heilmann (CDU) und der frühere Neuköllner Bezirksbürgermeister Heinz Buschkowsky (SPD) gestern beim Innensenator einreichten. Damit haben die Initiatoren die erste Hürde des *Volksbegehrens für mehr Videoaufklärung und Datenschutz* locker genommen. Sie weisen darauf hin, dass es bei ihrem Vorstoß nicht um eine flächendeckende Videoüberwachung geht, sondern um etwa 50 Orte in der Metropole, die als Kriminalitätsschwerpunkte gelten. Die Polizeibehörden wählen die Orte aus, die überwacht werden sollen und nur dann werden die Aufnahmen verwendet, wenn darauf Straftaten festgehalten wurden. Die Innenverwaltung prüft jetzt, ob der Gesetzentwurf der Initiatoren rechtlich zulässig ist.

Nach linker Randalen: AfD prüft Strafanzeigen gegen Blockierer und Polizeiführung

Berlin – Nach dem tätlichen Angriff von Linksextremisten am Samstag auf friedliche Demonstranten ebenso wie auf den stv. Fraktionsvorsitzenden der AfD im Berliner Abgeordnetenhaus, Karsten Woldeit, hat Georg Pazderski, Fraktionschef der rechtskonservativen Partei, Konsequenzen gefordert. „Hier wurden eindeutig die Verfassungsrechte auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit von einem gewaltbereiten Mob ausser Kraft gesetzt. Mit dem tätlichen Angriff auf Karsten Woldeit wurde eine rote Linie überschritten“, sagte Pazderski. Die AfD-Fraktion werde sich mit allen parlamentarischen und rechtlichen Mitteln für eine Aufklärung der Vorfälle und die Bestrafung der Täter einsetzen: „Derzeit prüfen wir, als erste Schritte Strafanzeigen gegen alle uns bekannte Blockierer sowie gegen die Polizeiführung zu erstatten, die nach Aussage eingesetzter Beamter einen Schutz der Frauenrechtsdemonstration aus politischen Erwägungen nicht umsetzen wollte oder konnte.“

Der Regierende Bürgermeister sieht Berlin im Aufschwung

Berlin – 10.315 Tage – so lange stand die Berliner Mauer und trennte die Einwohner der Stadt in Ost und West. Am morgigen 5. Februar ist das genau 10.315 Tage her, seit die Mauer fiel.

Aus diesem Anlass zieht der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD) eine positive Bilanz: „Ich bin sehr stolz und überaus glücklich, dass die Berlinerinnen und Berliner nicht nur die Mauer, sondern auch diese Hürden und Durststrecken überwunden haben. Berlin ist heute eine Stadt im Aufschwung. Unsere Wirtschaft wächst stärker als im Bundesdurchschnitt. Wir sind Start-Up-Hauptstadt und einer der führenden Forschungs- und Wissenschaftsstandorte Europas. Die ehemalige Insel im Kalten Krieg ist heute ein Sehnsuchtsort mit steigenden Touristenzahlen und jährlich mehr als 40.000 neuen Berlinerinnen und Berlinern.“

Abschiebebezahlen: Streit zwischen Senat und CDU um die mickrigsten Zahlen

Berlin – In einer schriftlichen Anfrage haben Abgeordnete der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus nach der Zahl der Abschiebungen im Jahr 2017 gefragt. Nach Beantwortung durch die Innenverwaltung kritisieren die Abgeordneten nun öffentlich den Berliner Innensenator. Dazu sagte der Sprecher der Senatsverwaltung für Inneres und Sport, Martin Pallgen, am Donnerstag: „Die Berliner CDU bastelt sich die Welt, wie sie ihr gefällt.“ Er empfehle den Abgeordneten einen Blick über die Berliner Landesgrenze hinaus, bevor man mit rhetorischem Furor gegen die rot-rot-grüne Regierungspolitik schieße.

Nicht nur in Berlin seien die Abschiebebezahlen 2017 im Vergleich zum Vorjahr gesunken, sondern bundesweit. Selbst sicherheitspolitische Vorbildländer für die Berliner CDU wie das CSU-geführte Bayern oder auch Sachsen hätten 2017 weniger

abgeschoben. Auch die Zahl der freiwillig Ausreisenden sei in Bayern um fast die Hälfte gesunken.

Die CDU agiere „mit einem Tunnelblick“. Die CDU Berlin sei sich nicht zu schade, auf ihre eigenen „Abschiebeerfolge“ zu verweisen. Sie tue dies mit Blick auf 2016 und der Zahl von 2.028 Abschiebungen in Berlin – der Innensenator hieß bis Dezember 2016 Frank Henkel. Weil die Erinnerung bei der Berliner CDU offenbar nicht weiter zurückreiche, hier noch die Zahlen von 2012 (363 Abschiebungen), 2013 (500), 2014 (602) und 2015 (806). Pällgen: „Bevor man sich zum Weltmeister ausruft, sollte man sich über die Disziplin im Klaren sein, in der man antritt.“

In Berlin wurden 2017 1.638 Menschen abgeschoben. Eine exakte Erfassung freiwilliger Ausreisen sei aus unterschiedlichen Gründen nicht möglich. Der Senat gehe davon aus, dass im Jahr 2016 insgesamt 9.601 Personen und im Jahr 2017 insgesamt 3.629 Personen freiwillig ausgereist sind.“